

## Sitzung des NÖ Landtages

### Aktuelle Stunde zu Beginn

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Mag. Karl Wilfing zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde Waltraud Ungersböck als Landtagsabgeordnete angelobt, sie folgt in dieser Funktion der nunmehrigen Verteidigungsministerin Klaudia Tanner nach.

Es folgte eine Trauerminute für den vor kurzem verstorbenen Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. Ernst Höger.

Eine **Aktuelle Stunde** wurde zum Thema „**Freie Fahrt für NÖ Autofahrer statt schwarz-grüner Belastungswelle**“ abgehalten.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) sagte, die Ökologisierung und die Erhöhung der Treffsicherheit der Pendlerpauschale seien nicht notwendig, wie im neuen Regierungspaket gefordert. Die Pendlerpauschale sei bisher immer treffsicher gewesen, habe sich bewährt und werde von der Bevölkerung angenommen. Durch den Tanktourismus nehme das Finanzministerium in Österreich jährlich 830 Millionen Euro ein. Die „Strategische Prüfung Verkehr“ für die Europaspange werde unter einem „grünen“ Verkehrsminister vermutlich nicht positiv abgeschlossen.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) führte aus, die Freiheit sei eines der höchsten Güter. Die entscheidende Frage sei, wie die geeignete Mobilität der Bürgerinnen und Bürger ausschauen müsse. Dabei gehe es um Verhaltensänderungen und um Optimierung. Dazu gehöre aber auch ein sinnvolles und in die Zukunft gerichtetes Mobilitätskonzept.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) hielt fest, die Bezirke mit der größten Auto-Dichte seien Waidhofen an der Thaya und Zwettl. Den Menschen stünde keine passende öffentliche Anbindung zur Verfügung. Menschen fühlten sich am Land benachteiligt, was öffentliche Verkehrsverbindungen betreffe. Es gehe darum, Angebote zu schaffen und den öffentlichen Verkehr günstiger zu gestalten. Eine Gemeinde mit Bahnhof habe eine höhere Standortqualität. Diese Bundesregierung habe sich zum Glück auf das „1-2-3 Ticket“ geeinigt. 44 Prozent unserer Emissionen würden auf den Verkehr zurückgehen.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) sagte, die Neos würden „die Freiheit im Herzen tragen“. Verantwortung für unsere Gesellschaft zu übernehmen heiße, den Kindern einen Planeten zu überlassen, auf dem ein menschenwürdiges Leben möglich sei. Zuerst solle die FP Konzepte vorlegen, wie man der Klimakrise begegnen könne, und dann erst eine Aktuelle Stunde beantragen.

Klubobmann Udo Landbauer, MA (FP) betonte, die Autofahrer seien die größten Verlierer der „schwarz-grünen Belastungswelle“. Das sei ein Anschlag auf den ländlichen Raum, wo nur „alle heiligen Zeiten“ ein Bus gesehen werde. 456.000 Niederösterreicher führen täglich mit dem Auto zur Arbeit, sie weiter mit „Öko- und Fantasiesteuern“ zu schröpfen, sei politische Willkür. Dass der Diesel teurer werde, treffe auch die Freiwilligen-Organisationen. In den letzten Jahren seien in Niederösterreich 26 Nebenbahnen geschlossen worden, jetzt zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr aufzufordern, sei „eine Verhöhnung“.

Abgeordneter Gerhard Razborcan (SP) sagte, man brauche einen guten Mix aus Individual- und öffentlichem Verkehr. In das hochrangige Straßennetz und die Landesstraßen sei zuletzt sehr viel investiert worden. Vieles wie die Europaspange, die Donaubrücke bei Mauthausen und dringend notwendige Umfahrungen ließen aber noch sehr lange auf sich warten. Eine LKW-Maut auf allen Straßen sei ein Gebot der Stunde. Die 40.000 Stellplätze der Park&Ride-Anlagen seien angesichts von 260.000 Pendlern nach Wien noch immer viel zu wenig. In die Leistbarkeit des öffentlichen Verkehrs zu investieren, sei ein guter Zugang.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) sprach von einer neuen Form der Zusammenarbeit, die „Umweltschutz als großes Ziel vorgaukle“. Pendler seien aber nicht so wie die Regierung mit „Luxusbussen“ unterwegs. Der öffentliche Verkehr werde mit diesen Konzepten einfach nicht in den Griff bekommen. Es müsse freie Fahrt für freie Bürger geben.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer–Huber (Grüne) meinte, die SP schmücke sich mit der Idee des 365-Euro-Tickets, das sei aber auf die Grünen in Wien zurückzuführen. Auch das Österreich-Ticket sei eine Idee der Grünen.

Abgeordneter Jürgen Maier (VP) erinnerte an das TOP-Jugend-Ticket der VP. Die VP habe den Klimawandel nie klein geredet. Sie sei der Garant dafür, dass mit Hausverstand vorgegangen werde. Niederösterreich sei mit Wien nicht zu vergleichen. Für einen Waldviertler bedeute es etwas ganz anderes als für einen Wiener, auf das Auto zu verzichten. Man könne nicht blind in eine ökosoziale Steuerreform gehen. Bei der Eurospange laufe die strategische Prüfung Verkehr, wozu auch die Franz-Josefs-Bahn zähle. Der Prozess sei ergebnisoffen. Die Verdammung des Individualverkehrs sei jedenfalls kein Ziel. Sozialer und regionaler Ausgleich müssten gegeben sein.

Abgeordnete Doris Schmidl (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend **Änderung des NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetzes (NÖ SAG)**.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) eröffnete die Debatte: Die „heiße Kartoffel“ werde hin und her geschoben. Schon damals sei der „niederösterreichische Schnellschuss“ befremdlich gewesen. Auch jetzt werde die Möglichkeit zu einem guten neuen Gesetz vergeben. Ein **Resolutionsantrag** fordert die Schaffung eines Systems sozialer Sicherung, insbesondere durch die Harmonisierung bzw. Zusammenführung der Notstandshilfe und Mindestsicherung/Sozialhilfe.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) meinte, die Neos hätten mit ihrem Resolutionsantrag einen Hartz IV-Antrag eingebracht. Unverschuldet in Not geratene Menschen, die am Rande der Gesellschaft stünden, sollten spezielle Unterstützung bekommen. Leider gebe es keine adäquaten Soforthilfen. Dieses Ausführungsgesetz sei wieder nicht geeignet, adäquate Hilfe zu leisten. Es gebe hier kaum einen Unterschied zur vorigen Lösung. Man sei gegen die Grundhaltung, dass Sozialhilfebezieher „selber schuld und faul“ seien. Sie wünsche niemanden in diese Lage zu kommen.

Klubobmann Udo Landbauer, MA (FP) sagte, dass seine Vorredner kritisiert hätten, dass dieses Gesetz ein Schnellschuss sei. Seine Vorrednerin von den Grünen habe es selbst gesagt, dass es Menschen gebe, die Hilfe bräuchten. Dann müsse man schnell helfen und daher auch schnell die Grundlagen dafür schaffen. Es sollten jene Menschen, die etwas geleistet und etwas ins System einbezahlt hätten, in einer Krisensituation aufgefangen werden. Sie sollten aber ebenso schnell wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Mindestsicherung sei zu einem „Selbstbedienungsladen“ geworden und ein Magnet für unqualifizierte Zuwanderung.

Abgeordnete Elvira Schmidt (SP) betonte, dass jedes Kind gleich viel wert sei. Es könne nicht sein, zwei Kinder in einer Familie um 47 Euro weniger bekämen als ein Einzelkind. In Niederösterreich, das sich als Familienland bezeichne, in dem Familien und Kinder gerne gesehen seien, solche Unterschiede zu machen, finde man als SP nicht richtig. Politiker seien dafür verantwortlich, dass Chancengleichheit aller Kinder da sei. Kinder, die unverschuldet in dieser Lage seien, dürften nicht weniger wert sein. Ein **Abänderungsantrag** fordert, dass alle Kinder gleich viel bekommen. Man fordere 23 Prozent für jedes Kind, das seien 210 Euro – das müsse in einem Wohlfahrtsstaat wie Österreich möglich sein. Sie stellte einen entsprechenden Abänderungsantrag. Weiters stellten sie einen **Resolutionsantrag** betreffend Notwohnungen und Sozialhilfe.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) replizierte, dass die Abgeordnete Moser mit einem Schlagwort versucht habe „wegzuwischen“, um was es gehe. Ihr Antrag berücksichtige Empfehlungen des Rechnungshofes, wo man sich einig sei, dass das eine wertvolle Einrichtung sei. Der Antrag ziele auf eine bundeseinheitliche Regelung. Es

gehe darum, Anreize zu schaffen, damit eine rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt möglich sei. Man wolle mit dem Antrag Chancengerechtigkeit erreichen.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) meinte, dass man die soziale Energie, die es hier im Landtag gebe, für die österreichischen Landsleute nutzen sollte. Man diskutierte dieses Gesetz nun zum wiederholten Male. Das Gesetz sei damals von Österreichern für Österreicher geschaffen worden, damit man unverschuldet in Not Geratene unter die Arme greifen könne. Aufgabe sei es sicherzustellen, dass die Landsleute eine Sicherstellung in Notsituationen hätten. Österreich habe eine humanitäre Tradition und damit man sich diese weiterhin leisten könne, sei es notwendig einen Unterschied zwischen Asylberechtigten und österreichischen Staatsbürgern zu machen.

Abgeordneter René Pfister (SP) führte aus, dass eine bundeseinheitliche Lösung immer das Ziel gewesen sei. Ziel sei es auch, diese bundeseinheitliche Lösung durchzubringen und nicht, dass es einen „Fleckerlteppich“ quer durch Österreich gebe. 70 Prozent der Mindestsicherungsbezieher seien Aufstocker. Bittere Armut senke die Arbeitsmarktchancen. Die Bezugsdauer der Mindestsicherung sei zurückgegangen, im Schnitt betrage die Bezugsdauer 6,3 Monate. Hauptsächlich betreffe es die, die am Rande der Gesellschaft stünden. Der Verfassungshof habe es freigestellt, das selbst zu regeln. Man hätte heute die Kinderarmut beseitigen können, verwies er nochmals auf den SP-Antrag der Kollegin Schmidt.

Abgeordneter Anton Erber MBA (VP) erzählte von den Anfängen des Gesetzes, das seinen Beginn in den Jahren 2014 und 2015 gehabt habe. Anhand eines Beispiels führte er aus, dass damals ein Tankwagenfahrer weniger bekommen habe als ein Mindestsicherungsbezieher. Dieser habe empfunden, dass seine Arbeit nichts wert sei. Es müsse etwas wert sein, wenn man in die Schule gehe, eine Lehre mache oder arbeiten gehe. Replizierend auf die Rede der Abgeordneten Schmidt hielt der Abgeordnete fest, dass die SP mehr auszahlen wolle, als zu dem Zeitpunkt, als man mit dem Gesetz begonnen habe. Das sei der Unterschied zur VP. Die VP habe sich nicht nur für den Wiedereinsteigerbonus eingesetzt, sondern auch dafür, dass Mindestsicherungsempfänger für gemeinnützige Arbeit zum Einsatz kommen.

Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Schmidt u. a. blieb in der Minderheit. Der Antrag auf getrennte Abstimmung des eigentlichen Antrages wurde einstimmig angenommen. Sowohl der § 14 als auch der Rest des Antrages wurden mehrheitlich angenommen. Beide bei diesen Tagesordnungspunkten eingebrachten Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Abgeordneter Christoph Kaufmann MAS (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Veranlagung des Landes Niederösterreich im Rechnungsjahr 2018/19.**

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) lobte das respektable Ergebnis im Vorjahr. Dennoch müsse man sich die Ergebnisse dieses Fonds über einen längeren Zeitraum ansehen. Es herrsche hier viel Optimismus und er hoffe deshalb auch, dass die Erwartungen erfüllt werden können.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer–Huber (Grüne) bezeichnete den Fonds als „Spekulationsfonds“ des Landes. Gerade für öffentliche Gelder brauche es besondere Verantwortung, insbesondere wenn es um Veranlagungen gehe.

Abgeordneter Mag. Reinhard Teufel (FP) zeigte sich erfreut über die hohe Rendite im Ausmaß von 4,3 Prozent. Man dürfe dabei nicht außer Acht lassen, dass man nach wie vor höchst spekulativ unterwegs sei. Die gute Entwicklung des Fonds sei auch auf die gute Wirtschafts- und Konjunkturlage zurückzuführen. Umso mehr müsse man mit besonderem Weitblick agieren.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan–Mayr (SP) sagte, dass es richtig gewesen sei, im März 2014 ein Gesetz über Risikogebahrung zu beschließen. Die Veranlagungsbestimmungen würden seither eingehalten.

Für Abgeordneten Mag. Kurt Hackl (VP) ist die Veranlagung wichtig für die Finanzgebahrung des Landes. Die Einhaltung der Vorschriften werde laufend von unabhängigen

---

Wirtschaftsprüfern geprüft. Die Erträge würden mit überschaubarem Risiko erzielt. Die Ertragsziele werden zudem immer mehr auch auf Nachhaltigkeit ausgerichtet.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) meinte, dass man sich auch die Veranlagungsergebnisse in den ersten Jahren anschauen müsse. Das sei alles andere als ein „Ruhmesblatt“ gewesen.

Der vorliegende Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP, FP, Neos und fraktionslos mehrheitlich angenommen.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Kasser betreffend **Maßnahmenpaket „Umwelt schützen – Abfälle vermeiden – natürliche Ressourcen schonen“**.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) eröffnete die Debatte und sagte, es gehe hier darum, mehr Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu schaffen. Sie sprach sich auch dafür aus, das Informationsangebot zur Vermeidung von Müll zu erhöhen. Die Wirksamkeit von Förderungen sollte grundsätzlich immer evaluiert werden.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer–Huber (Grüne) sagte, dass die von der SP eingebrachten Anträge auf das Wohlwollen der Grünen stoßen.

Abgeordnete Ina Aigner (FP) meinte, die Umwelt sei es wert, geschützt und erhalten zu werden. Alle Maßnahmen, die wirtschaftlich und umsetzbar seien, sollten unterstützt werden. Zudem kritisierte sie die Doppelmoral junger Menschen.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker MA (Grüne) meinte in Richtung seiner Vorrednerin, dass er es ablehne, die Jugend pauschal zu verunglimpfen.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan–Mayr (SP) sagte, die Vermeidung von Abfällen sei ein Gebot des Abfallwirtschaftsgesetzes. Regionale, biologische, gesunde und unverpackte Produkte seien oft teurer. Die Konsumentinnen und Konsumenten müssten sich

einen nachhaltigen Einkauf aber auch leisten können. Hier gebe es eine Ungerechtigkeit. Es müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, um einen nachhaltigen Lebensstil zu ermöglichen. Sie brachte gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen Hundsmüller, Razborcan und Weninger einen **Antrag** betreffend Änderung des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes ein. Weiters brachte sie mit ihren Fraktionskollegen **Anträge** zu den Themen „Revitalisierung und Verkauf von gebrauchten, gut erhaltenen Geräten und Hausrat“ sowie „Ausbau des Angebotes von Geschirrmobilen“ ein.

Abgeordneter Anton Kasser (VP) meinte, viele Veranstalter würden „sauberhafte Feste“ und „Green Events“ veranstalten. Es brauche mehr „Geschirrmobile“. 17 Millionen Plastik-Becher seien durch die „sauberhaften Feste“ vermieden worden. Seit 30 Jahren gebe es die getrennte Müllsammlung. Im Biomüllbereich seien die Mengen von 160.000 auf 150.000 Tonnen in den letzten Jahren zurückgegangen. Aufgrund des Kreislaufwirtschaftspaketes der Europäischen Union gebe es große Vorgaben zu bewältigen. Um die Quoten erreichen zu können, müssten rund eine Million Tonnen Restmüll einer Sortierung zugeführt werden. Eine andere Möglichkeit sei es, ein Pfandsystem einzuführen.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) meldete sich zu einer Berichtigung zu Wort. Es hätten sich im Unterausschuss alle Vertreter der Fraktionen zu Wort gemeldet.

Die drei Abänderungsanträge blieben in der Minderheit. Der Antrag auf getrennte Abstimmung blieb in der Minderheit. Antrag „Umwelt schützen – Abfälle vermeiden – natürliche Ressourcen schonen“ wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Bernhard Heinreichsberger BA (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Hundsmüller, Landbauer, MA u. a. betreffend **Politische Bildung**.

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) meinte, es sei erschreckend, was hier als Antrag für mehr politische Bildung eingebracht werde. Bei diesem Antrag gehe es darum, die alten eingefahrenen Machtsysteme einzubetonieren. Das etablierte politische System versuche, in das Klassenzimmer hineinzuregieren. Der „Partei-Hickhack“ müsse aus den Schulen raus, hingegen würden die Pädagoginnen und Pädagogen mehr Unter-



stützungspersonal benötigen. In einem **Resolutionsantrag** gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen forderte sie die Einführung des Schulfaches politische Bildung.

Abgeordnete Margit Göll (VP) hielt fest, dem föderalen Grundsatz sei bisher in den Schulbüchern zu wenig Ausdruck verliehen worden. Gerade die Gemeinde und die Landesebene seien jene Bereiche, wo die politische Teilhabe unmittelbar möglich und erfahrbar sei. Politische Bildung sei eine Voraussetzung für individuelle Kompetenzen und für die Weiterentwicklung der Gesellschaft. Bund und Länder hätten eine eigene Gesetzgebung und Vollziehung. Der politischen Bildung müsse mehr Raum in den Schulen geboten werden.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker MA (Grüne) sagte, bei der Einführung von „Wählen mit 16“ sei versprochen worden, das Unterrichtsfach „Politische Bildung“ flächendeckend einzuführen. In den letzten 13 Jahren sei hier sehr wenig passiert. Politische Bildung sei wichtig, weil es eine Politikverdrossenheit in unserem Land gebe. Andererseits werde die Medienkunde immer wichtiger, damit junge Menschen entscheiden könnten, ob sie eine vertrauenswürdige Quelle oder eine unseriöse Plattform vor sich haben. Er brachte mit seinen Fraktionskollegen den **Zusatzantrag** betreffend „Einführung politische Bildung als Pflichtfach“ ein.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) betonte, es gehe darum, Föderalismus in den Köpfen und in der Folge in den Schulbüchern zu verankern. Man müsse sich aber fragen, ob das traurige Bild des Landtages als Abstimmungsmaschinerie in die Schulbücher gehöre. Die „Husch-Pfusch-Mentalität“ führe zudem dazu, dass Gesetze wieder aufgehoben werden müssten.

Abgeordnete Vesna Schuster (FP) meinte, politische Bildung sei meist Teil des Geschichtsunterrichts. Wünschenswert seien aber lebensweltnahe Themen rund um politische Entscheidungsprozesse. Mit Senkung des Wahlalters sollte auch dieses Wissen möglichst früh vermittelt werden. Einschlägige Schulbücher müssten klare Richtlinien vorgeben, damit die Kinder politisches Rüstzeug erhielten, um aktive und mündige Bürger zu werden.

Abgeordnete Elvira Schmidt (SP) sprach von Riesenschritten in der Schulentwicklung. Geschichte habe immer schon politische Bildung beinhaltet. Die entsprechenden Schulbücher hätten aber gefehlt. Noch besser wäre freilich ein eigenes Schulfach.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) erklärte, demokratiepolitische Bildung wäre wichtiger als politische Bildung. Zentrale Forderung sei, dass Parteipolitik endlich aus der Schule verschwinde.

Präsident Mag. Karl Wilfing (VP) führte aus, Demokratie müsse man lernen. Der demokratiepolitische Vermittlungsauftrag des Landtages in Form von Berufsschul- oder Jugend-Landtagen etc. sei sehr wichtig. Das Echo der Berufsschullehrer auf politische Bildung im Lehrplan sei euphorisch. Die Staatsstruktur Österreichs sollte in den Schulbüchern besser dargestellt werden, das sei derzeit im Lehrplan nicht vorgesehen. Der vorliegende Antrag sei ein Antrag für mehr Demokratie.

Der Abänderungsantrag wurde nicht ausreichend unterstützt, der Zusatzantrag fand eine Mehrheit gegen die Stimmen von FP und des fraktionslosen Abgeordneten. Der Antrag selbst wurde gegen die Stimmen der Neos mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter René Pfister (SP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Scheele u.a. betreffend **flächendeckende Ausstattung der niederösterreichischen Gemeinden mit lebensrettenden Defibrillatoren**. Der Ausschussantrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) eröffnete die Debatte: Ein Defibrillator könne lebensrettend sein und sei leicht zu bedienen. Angesichts der VP-Ablehnung der Erhebung einer Datenbasis sei die Frage zu stellen, wieviel ein Menschenleben wert sei. Wo es um Erstversorgung gehe, sei die Einbindung der Bevölkerung wichtig.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) sagte, das Gesundheitssystem aufrechtzuerhalten, sei eine wichtige politische Verantwortung. Die Anschaffungskosten eines Defibrillators

stellten einen geringen finanziellen Aufwand dar. Anzustreben sei, alle Rathäuser und Gemeindeämter flächendeckend mit Defibrillatoren auszustatten und diese durchgehend öffentlich zugänglich zu machen.

Abgeordneter Mag. Christian Samwald (SP) unterstrich die lebensrettende Funktion der Defibrillatoren. Eine rechtzeitige und sichere Anwendung könne viel Leid verhindern. Es wäre angemessen, die Gemeinden hier entsprechend zu unterstützen. Eine Publikation der Standorte auf der Landeshomepage wäre erstrebenswert.

Abgeordneter DI Franz Dinobl (VP) erinnerte an Gespräche mit dem Notruf 144, der über hervorragende Datenbanken verfüge. Diese stünden auch allen Einsatzkräften zur Verfügung. Derzeit gebe es 1.961 Defibrillatoren in Niederösterreich, jährlich kämen 300 dazu. Es sei wichtig, diese zu verorten. Vorher sollten aber die First-Responder-Systeme forciert werden.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde mit VP-Mehrheit angenommen.

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Hannes Weninger, SP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Parkdeckbeteiligung sowie Parkraumbewirtschaftung der Stadt Waidhofen an der Ybbs (Reihe Niederösterreich 2019/8).**
- **Stadtgemeinde Traiskirchen; Follow-up-Überprüfung (Reihe Niederösterreich 2019/9).**

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) führte aus, dass durchgehend die Übernahme von Verantwortung der Bürgermeister fehle. Es sei erschütternd, wie „verantwortungslos und ohne Konsequenz“ mit Steuergeld umgegangen werde. Der Abgeordnete stellte die Frage, wer garantiere, dass in Gemeinden mit unter 10.000 Einwohnern besser gewirtschaftet werde. Neos würden daher einen Antrag für eine Erweiterung der Prüfkompetenz des Landesrechnungshofs einbringen.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) schloss sich in Vielem den Worten seines Vorredners an. Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Parkdeckbeteiligung sowie Parkraumbewirtschaftung der Stadt Waidhofen an der Ybbs zeige ein Sittenbild vieler Gemeinden. Die Stadtgemeinde Traiskirchen sei bereits 2016 vom Rechnungshof geprüft worden, dieser habe zwölf Empfehlungen abgegeben. Davon seien zehn umgesetzt worden, bei den anderen beiden habe es keinen Anwendungsfall gegeben. Er betonte, wie wertvoll und wichtig es sei, dass der Rechnungshof prüfen könne und dass die Städte auch diesen Empfehlungen nachkommen. Seine Fraktion sei daher auch für eine Ausweitung der Prüfkompetenz, das sei keine Schikane für kleinere Gemeinden. Diese Prüfung durch den Rechnungshof bringe auch für die Gemeinden ein Plus, damit diese effizienter arbeiten können. Ein **Antrag** fordert die Ausweitung der Prüfkompetenz des Rechnungshofes auf Gemeinden unter 10.000 Einwohner.

Abgeordnete Elvira Schmidt (SP) bedankte sich zunächst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesrechnungshofes für ihre Arbeit. Mit der sachlichen Analyse und Aufbereitung der Themen sei den Abgeordneten sehr geholfen. Besonders erfreulich sei es, dass die Stadtgemeinde Traiskirchen gleich zehn von zwölf Empfehlungspunkten umgesetzt habe. Die Stadt Traiskirchen sei Vorbild, weil sie sofort reagiert habe.

Abgeordneter Josef Balber (VP) führte aus, dass der Rechnungshof die Gebarung der Stadt auf Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit prüfe. Im Falle der Stadt Waidhofen an der Ybbs führte er aus, dass Entscheidungen damals situationsbewusst getroffen worden seien. Die Parkgebühren seien unter dem Gesichtspunkt der Standortentwicklung niedrig gehalten worden. Das Hotel stehe auf gesunden Beinen und trage als Leitbetrieb wesentlich zur Entwicklung der Stadt bei. Die getroffenen Feststellungen und Empfehlungen des Rechnungshofes seien eine wertvolle Hilfestellung für die künftige Abwicklung von Projekten.

Die nächsten Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Hannes Weninger, SP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Tätigkeiten 2018 (Bericht 11/2019).**

- 
- **Tätigkeitsbericht 2019 (Reihe Niederösterreich 2019/11).**
  - **Nachfrageverfahren im Jahr 2019.**

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) sagte die Arbeit des Landesrechnungshofes schaffe die Basis für einen kosteneffizienten Umgang mit Steuergeld. Der Rechnungshof sei ein Garant für unabhängige Kontrolle und bringe oft Licht ins Dunkel. Demokratie brauche eine starke Kontrolle. Der Rechnungshof sei nur dann stark, wenn er auch entsprechend prüfen könne. Spätestens seit dem Ibiza-Video müsse eine umfassende Transparenz allen Parteien ein ernstes Anliegen sein. Diese brauche es insbesondere, wenn es um die Finanzierung von Parteien und Wahlkämpfen gehe. Ein **Resolutionsantrag** fordert volle Kontrolle der Parteifinzen durch den Rechnungshof.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) bedankte sich ebenfalls für ihre Arbeit bei Rechnungshofpräsidentin Edith Goldeband und ihrem Team. Hinsichtlich Prüfung von Parteifinzen betonte er, dass Prüfung und Transparenz gut seien, nicht richtig sei aber, dass der Rechnungshof sanktioniere. Der Rechnungshof sei ein Hilfsorgan und kein Exekutivorgan.

Dritte Präsidentin Mag. Karin Renner (SP) führte aus, dass die Gemeindeaufsicht von unten nach oben gefragt werden müsse, wenn also Gemeinderatsbeschlüsse oder Gemeindeaufsichtskontrollen nicht durchgeführt werden würden, sei das nicht die Schuld der Gemeindeaufsicht und Behörden. Bezüglich Videokonferenzen hielt sie fest, dass diese ein kleiner Schritt seien, wie man fortschrittlich miteinander umgehen könne.

Abgeordneter Bernhard Heinreichsberger BA (VP) führte aus, dass der Landesrechnungshof die „Lupe der Demokratie“ sei, um Fakten auf den Tisch zu bringen. Der Mittelpunkt jedes Handelns des Rechnungshofes sei der Mensch. Der Landesrechnungshof arbeite faktenorientiert und bringe Dinge auf den Tisch, die man objektiv betrachte und nicht emotional. Am besten umgesetzt werden würden die Empfehlungen in den Gemeinden.

---

Abgeordneter Hannes Weninger (SP) referierte zu einem Bericht des Rechnungshofes betreffend **System der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen (Reihe Niederösterreich 2019/10)**.

Für Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) untermauere der Bericht die Kritikpunkte an der Gesundheitsfinanzierung. Auch sieben Jahre nach Einführung der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen habe sich nichts verändert. Zuständigkeiten und Verantwortung blieben geteilt, die Gesundheitsbereiche seien weiterhin zersplittert. Wie es zu einer Kostensenkung kommen solle, sei nicht ersichtlich. Auch das sei falsch verstandener Föderalismus.

Abgeordnete Ina Aigner (FP) sagte, die Zielsteuerungspartner hätten einen Ausgabenzuwachs von 3,6 Prozent vorgegeben, ohne Vorgaben wäre dieser über 4,7 Prozent gewesen. Ob es tatsächlich zu einer Kostensenkung gekommen sei, sei unklar. Einsparungen dürften keinesfalls auf Kosten der Mitarbeiter und Patienten gehen.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) meinte, zum einen brauche es Ausgabenobergrenzen, zum anderen dürfe es keine Einsparungen bei den Patienten geben. Der Großteil der Kosten seien Personalkosten. Zentrale Empfehlungen des Rechnungshofes werde man zur Kenntnis nehmen. Es brauche aber Diskussionen mit Hausverstand.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) dankte dem Rechnungshof für die Arbeit in den vergangenen 20 Jahren. Beim Zielsteuerungsvertrag sei es nur bei Überschriften geblieben. Sich im Gesundheitsbereich nur den „nackten Zahlen“ zu widmen, sei schwierig. Man müsse auch Experten damit befassen, „wohin die Reise geht“. In der Verwaltung gebe es noch Einsparungspotenzial. Wohnortnahe Kassenärzte seien die ersten Ansprechpartner der Bürger und das Rückgrat der medizinischen Versorgung.

Abgeordneter Bernhard Heinrichsberger BA (VP) hielt fest, dass das niederösterreichische Gesundheitssystem gut aufgestellt sei. Die Hälfte des Budgets fließe in Gesundheit und Soziales. Niederösterreich habe Maßnahmen gesetzt, wie etwa die Initiative Landarzt, zusätzliche Ausbildungsplätze für Ärzte, Neubau des Krankenhauses Wiener

Neustadt etc. Niederösterreich habe in vielen Bereichen des Gesundheitswesens „die Nase vorn“ und sei effizienter als im Bundesdurchschnitt.

Sämtliche Rechnungshofberichte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Die beiden eingebrachten Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Hauer betreffend **rasche Asylverfahren**.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) sagte, es sei im Interesse aller, dass Asylverfahren rasch durchgeführt werden. Beim Angebot bei Deutschklassen sei Niederösterreich das Schlusslicht. In diesem Zusammenhang brachte sie mit ihren Fraktionskollegen einen Zusatzeintrag ein.

Klubobmann Udo Landbauer, MA (FP) betonte, Recht müsse Recht bleiben und konsequent umgesetzt werden. Er forderte eine strikte Trennung zwischen Asylrecht und qualifizierte Zuwanderung. Was der Rechtsstaat vorgebe, müsse konsequent umgesetzt werden. Das müsse auch für jene gelten, die eine Lehre absolvierten. Er brachte einen **Antrag** gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen betreffend „Konsequente Abschiebung negativ beschiedener Asylwerber“ ein.

Abgeordnete Kathrin Schindele (SP) sagte, damit es zu Eingliederungsprozessen komme, brauche es Entscheidungen über den Asylstatus. Die Entscheidungen über den Asylstatus müssten rasch getroffen werden.

Abgeordneter Mag. Reinhard Teufel (FP) meldete sich zur Geschäftsordnung zu Wort und zitierte die Rechtsmeinung des Abgeordneten Dr. Martin Michalitsch (VP).

Zweiter Präsident Mag. Gerhard Karner (VP) führte aus, Abgeordneter Königsberger habe von einem „Maulkorberlass“ gesprochen und dafür zu Recht einen Ordnungsruf erhalten. Ein ehrlicher und sachlicher Umgang bei den Themen Asyl sowie Migration und Zuwanderung sei notwendig. 800 Asylwerber dürften nun die Lehre fertigmachen.

Es müsse eine konsequente Linie und rasche Asylverfahren geben. Bei einem negativen Asylbescheid gebe es eine konsequente Abschiebung in die Heimat.

Klubobmann Udo Landbauer, MA (FP), meinte, die VP habe dem Abschiebeverbot im Nationalrat zugestimmt.

Der Abänderungsantrag blieb in der Minderheit. Der Antrag auf getrennte Abstimmung blieb in der Minderheit. Der Hauptantrag wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der FP ebenfalls angenommen. Der Zusatzantrag betreffend „Deutschkurse“ blieb in der Minderheit.

Abgeordneter Hannes Weninger (SP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Renner u.a. betreffend **erweitertes Begutachtungsverfahren im Gesetzgebungsverfahren des Landes**. Der Ausschussantrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) führte aus, dieser Antrag sei eine ausgezeichnete Idee, die Neos würden für mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung stehen.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) meinte, es bestehe bei einem erweiterten Begutachtungsverfahren die Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben. Diese Stellungnahmen würden überprüft und dann frei gegeben. Dieser Vorschlag stehe für mehr direkte Demokratie.

Abgeordneter Mag. Christian Samwald (SP) sagte, zu diesem Thema habe sich im Jahr 2017 ein fraktionsübergreifender Entschließungsantrag im Bund ergeben. Dieser Vorschlag sei leicht umsetzbar, wie man auch auf der Homepage des Landtages sehen könne. Diese Möglichkeit sollte man nutzen.

Abgeordneter Karl Moser (VP) betonte, bei diesem Antrag handle es sich um einen „Alibi-Antrag“. Die Kooperation mit den Bürgern sei sehr wichtig, die Partizipation mit den Bürgern müsse erfolgen. Niederösterreich sei ein Bundesland, wo die Begutachtungsverfahren im Verfassungsrang stehen.





Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde mit den Stimmen der VP angenommen.

***Schluss der Sitzung!***